

# Finnland: Wirtschaft weiter auf europäischer Überholspur

29

Oscar-Erich Kuntze

**Schleppende konjunkturelle Erholung 2003. Lebhaftes Wirtschaftswachstum 2004 und 2005. Geldpolitik stimuliert bis ins kommende Jahr hinein. Finanzpolitik zunächst leicht stimulierend, später vermutlich konjunkturneutral bei fortgesetzten Finanzierungsüberschüssen der öffentlichen Haushalte. Lohnpolitik wirkt zumindest heuer anregend. Bremsende Effekte der Euro-Aufwertung werden schwächer. Langsame Besserung der Arbeitsmarktlage. 2004 sehr schwacher, im nächsten Jahr rascherer Preisanstieg. Weiterhin hohe Überschüsse der Leistungsbilanz.**

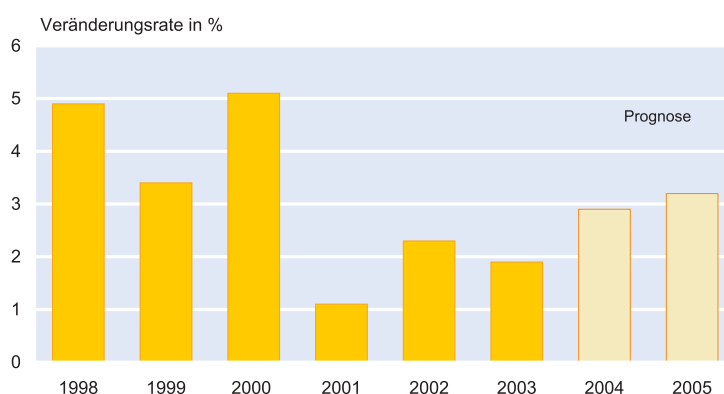
Prägend für das politische und soziale Umfeld sind die ausgeprägte politische Stabilität, der fortgesetzte Arbeitsfriede sowie die Bereitschaft, Fragen von nationaler Bedeutung in weitgehendem gesellschaftlichen Konsens zu lösen. Die Neutralität des Landes wird weiter diskutiert.

Die politische Stabilität bleibt auch 2005 in hohem Grade gewahrt. Wahlen von nationaler Bedeutung sind erst 2006 (mit dem Ablauf des Mandats von Staatspräsidentin Halonen) wieder fällig. Das seit April 2003 amtierende Kabinett Jäätteenmäki sitzt fest im Sattel. Interne Querelen halten sich in Grenzen, und mit 116 von 200 Reichstagsitzen ist seine Mehrheit ausreichend. Aus den Reichstagswahlen im März 2003 ging die oppositionelle, noch weitgehend im ländlichen Raum verwurzelte und EU-skeptische Zentrumsparterie (KESK) als Sieger hervor und stellt seither die Ministerpräsidentin sowie die meisten Abgeordneten, dicht gefolgt von den Sozialdemokraten (SDP). Letztere besetzen alle wichtigen wirtschaftsrelevanten Ressorts (Finanzen, Soziales, Arbeit, Verkehr), so dass auf diesen Gebieten administrative Kontinuität gewahrt bleibt. Außer der SDP und dem Zentrum sitzt (wie fast immer) die kleine Schwedische Volkspartei (RKP) in der Regierung. Ein rein bürgerliches Kabinett verbot sich aus Rücksicht auf die Gewerkschaften, welche diesem ihre Unterstützung versagt hätten. Denn dadurch wäre der im Lande stark ausgeprägte Sinn für politischen und gesellschaftlichen Konsens verletzt und die Durchsetzung von Arbeitsmarktreformen fraglich geworden.

Die Wahlen zum Europäischen Parlament vom Juni 2004 unterstreichen trotz einiger Verschiebungen die politische Stabilität eindrücklich. Im Gegensatz zu den meisten EU-Ländern garieten sie hier nicht

zu einer Abstrafung der Regierenden. Bei einer um zwei verringerten Zahl der Mandate konnten alle Parteien, auch Sammlungspartei (KOK) und Linksallianz (VAS), die 1999 errungenen Sitze verteidigen; lediglich die Grünen (VIHR) und der kleine Christliche Verband (SKL) verloren. Auch gegenüber dem Resultat der letzten Reichstagswahl hat sich nichts Entscheidendes geändert. Damit kann die Regierung ihren bisherigen Kurs ziemlich ungestört fortsetzen. Dies umso mehr, als mit den Präsidentschaftswahlen erst 2006 wieder ein Urnengang von nationalem Belang ansteht und die Auseinandersetzungen in dessen Vorfeld nur mehr verhalten sind, seit die Verfassung im März 2000 geändert wurde. Im Vergleich zu den Jahrzehnten seit der Staatsgründung 1917 war damit der Übergang von einer präsidentialen zu einer stärker parlamentarischen Demokratie verbunden. Denn die frühere ausgesprochen starke Stellung des Staatsoberhauptes erfuhr eine wesentliche Schwächung. So wurden u.a. ausdrücklich alle die EU betreffenden Angelegenheiten, einschließlich der damit verbundenen außen- und sicherheits-

Reales Bruttoinlandsprodukt



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

politischen Aspekten in die Kompetenz von Regierung und Reichstag überführt.

Mit der Osterweiterung von NATO (auch die baltischen Republiken sind seit vorigem Jahr Mitglied) und EU wird die **Neutralitätsdebatte** mit wechselnder Intensität am Laufen gehalten. Derzeit sind die zeitweise hohen Wogen der Diskussion über einen Beitritt zur NATO etwas abgeflaut. Dieser ist jedoch kein Tabu mehr. Zwar wird weiterhin Rücksicht genommen auf die sicherheitspolitischen Empfindlichkeiten Russlands, mit dem Finnland eine sehr lange gemeinsame Grenze hat. Aber bezüglich Rüstung und Logistik nähern sich die finnischen Streitkräfte weiter der Nato sowie der EU-Verteidigungsinitiative an, getragen von einer mehrheitlichen Zustimmung der Bevölkerung.

Das Klima zwischen Regierung und Sozialpartnern bleibt relativ entspannt und vom Willen zum Konsens in wichtigen Fragen geprägt. Der laufende **Sozialkontrakt** läuft bis Anfang 2005, womit die seit Anfang der neunziger Jahre ununterbrochene, speziell finnische Spielart der Einkommenspolitik auch die Lohnentwicklung zunächst noch weitgehend kalkulierbar macht; moderate Tarifloohnerhöhungen hatte die Regierung mit Steuersenkungen honoriert. Es ist wahrscheinlich, dass auch für die kommenden zwei Jahre wieder ein Abkommen geschlossen wird.

Die **Wirtschaftspolitik** bleibt damit für die nächsten zwei Jahre ziemlich kalkulierbar. Finanzpolitisch ist der Spielraum für eine weitere Senkung der immer noch deutlich über dem EU-Durchschnitt liegenden Steuer- und Abgabenlastquote allerdings enger geworden, was die Verhandlungen über den Sozialpakt 2005/2006 nicht einfacher macht, zumal Steuersenkungen des Staates – wie während der letzten Jahre zu beobachten – ganz oder teilweise durch Steuererhöhungen der Gemeinden ausgeglichen werden. Insgesamt sind von der Finanz- und Lohnpolitik zunächst noch Impulse für die Konjunktur zu erwarten. Vom ausgeprägten europapolitischen Engagement, das die beiden Legislaturperioden unter Premier Lipponen ausgezeichnet und das politische Gewicht Finnlands weit über seine Größe und Wirtschaftskraft hinaus gehoben hatte, ist unter der von einer traditionell isolationistischen und EU-skeptischen Partei gestellten Ministerpräsidentenschaft nicht mehr viel zu spüren.

### Wirtschaftsentwicklung 2003

Die weltwirtschaftlichen Rahmendaten stellten sich folgendermaßen dar: In den Vereinigten Staaten stieg das reale Bruttoinlandsprodukt um 3,1%. In Japan übertrafen Nachfrage und Produktion das Volumen von 2002 um 2,7%. In Mitteleuropa expandierte die gesamtwirtschaftliche Erzeugung um ungefähr 3<sup>1</sup>/<sub>2</sub>%. In Westeuropa und in der EU nahm das reale Bruttoinlandsprodukt um 3<sup>1</sup>/<sub>4</sub>% zu, im Euro-

raum stieg es um 0,4%, und in Deutschland blieb es gegenüber 2002 etwa unverändert. Der Einfuhrpreis für Rohöl betrug in den westlichen Industrieländern im Jahresdurchschnitt 28,7 US-Dollar pro Barrel; gegenüber dem Vorjahr ist das eine Verteuerung um rund 13%. **Industrierohstoffe** (ohne Öl) verteuerten sich gegenüber dem Jahr 2002 auf Dollar-Basis um etwa 17%. Der **Wechselkurs des Euro** betrug im Schnitt des Jahres 1,13 US-Dollar; im Jahre 2001 waren es 0,90 US-Dollar gewesen. Das Volumen des **Welt Handels** hat gegenüber 2002 um 4% expandiert.

In Finnland fasste die Konjunktur, stimuliert von der Wirtschaftspolitik, erst im Sommerhalbjahr wieder Tritt, nach einer vom zweiten Quartal 2002 bis zum ersten Quartal 2003 reichenden Phase annähernder Stagnation. Damit verzögerte sich auch hier die konjunkturelle Erholung infolge des flauen weltwirtschaftlichen Umfelds, der Energiepreiserhöhungen, der in Asien ausgebrochenen hochinfektiösen Lungenkrankheit SARS sowie des Konflikts im Irak. Im Herbst kam sie allerdings schon wieder ins Stocken. Wesentlich getragen vom privaten Verbrauch expandierte das **reale Bruttoinlandsprodukt** um 1,9%, und damit wesentlich lebhafter als im westeuropäischen Durchschnitt. Der private Konsum wurde fast doppelt so stark ausgeweitet, angeregt durch kräftige Lohnsteigerungen und Sondereffekte. Der öffentliche Verbrauch stagnierte im Verlauf und nahm gegenüber 2002 nur wenig zu. Die Rezession der Bruttoanlageinvestitionen fand zwar im Frühjahr ein Ende, doch stellte sich noch keine Erholung ein. Infolge des zu Jahresbeginn bestehenden Unterhangs errechnet sich im Vorjahresvergleich folglich ein Minus. Beim Export setzte sich die seit Mitte 2002 zu beobachtende, unter Schwankungen verlaufende Seitwärtsentwicklung fort. Die Einfuhr stagnierte annähernd. Da die Terms of Trade erheblich ungünstiger geworden waren, ging das Aktivum der Leistungsbilanz auf 5,5% des BIP zurück. Die Beschäftigung verringerte sich etwas, und die Arbeitslosenquote entsprach im Jahresdurchschnitt fast jener von 2002. Der raschen Erhöhung während der ersten Monate folgte eine tendenzielle Stabilisierung der Konsumentenpreise; sie lagen um 1,3% über dem Niveau von 2002.

Der **private Konsum** expandierte um 3,6%, mehr als doppelt so dynamisch wie im Jahr zuvor, getragen von einem boomenden Absatz langlebiger Güter, obwohl sich das Konsumklima erst im Herbst aufgehellt hat. So wurden ein Viertel mehr Personenautos zugelassen als im Jahr zuvor, was allerdings auch auf die zu Jahresbeginn deutlich herabgesetzte Kfz-Steuer zurückzuführen ist. Auch Einrichtungsgegenstände wurden sehr lebhaft nachgefragt im Sog des sprunghaft gestiegenen Wohnungsbaus. Zwar ist die Beschäftigung etwas gesunken, aber die Löhne und Gehälter nahmen mit 3,5% stärker zu als im Vorjahr, doch sind 2002 die Verbraucherpreise stärker gestiegen. Außer der Kfz-Steuer wurde auch die staatliche Einkommensteuer (um 0,3%)

herabgesetzt und die Aufwandsentschädigung für Arbeitnehmer angehoben. Allerdings haben zahlreiche Kommunen indirekte Steuern und Gebühren teils deutlich angehoben, so dass der staatliche Entlastungseffekt teilweise kompensiert worden ist. Die Konsumkonjunktur wäre noch lebhafter gewesen, wenn sich nicht die Sparquote, trotz weiterer gesunkener Zinsen, erhöht hätte. Zuvor hatten sich viele Haushalte im Zuge sinkender Zinsen und steigender Immobilienpreise u.a. durch die Aufnahme von Hypotheken zu konsumtiven Zwecken zunehmend verschuldet, wodurch die privaten Haushalte 2003 im Schnitt mit ungefähr 70% eines Jahreseinkommens in der Kreide standen. Der öffentliche Verbrauch hat nach der vorjährigen raschen Ausweitung im Verlauf stagniert. Gegenüber 2002 erhöhte er sich um 0,7%.

Die seit dem Frühjahr 2001 zu beobachtende langsame Rezession der Bruttoanlageinvestitionen wurde zwar von einer während des Jahres annähernd stagnierenden Entwicklung abgelöst. Infolge des Unterhangs zu Jahresanfang errechnet sich gleichwohl ein Minus von 2,3%. Dabei war die Investitionskonjunktur stark gespalten. So nahm der Wohnungsbau, auf den reichlich ein Viertel der Bruttoanlageinvestitionen entfiel, um 7,7% zu. Allein der Wohnungsneubau expandierte um 9%. Deutlich steigende Immobilienpreise und Mieten, weiter gesunkene und nunmehr recht niedrige Zinsen, erheblich höhere reale verfügbare Einkommen sowie der verbreitete Wunsch nach hochstandardisiertem Wohnraum wirkten anregend. Auch in Reparaturen, in Renovierungen und in den Ausbau wurde lebhafter investiert. Demgegenüber ist der industrielle Bau nochmals eingeschränkt worden. Auch die öffentliche Hand investierte weniger, wobei man vor allem die Mittel für den Unterrichtssektor und für Spitäler erheblich gekürzt hat, was überwiegend aus der Geldknappheit bei den Gebietskörperschaften resultierte. Auch in die Errichtung von Geschäftsgebäuden wurde erheblich weniger investiert. Die Ausrüstungsinvestitionen gingen besonders im industriellen Sektor nochmals zurück, obwohl sich die Finanzierung weiter verbilligte und das Geschäftsklima allmählich günstiger wurde. Aber die Auslastung der Kapazitäten ist in der verarbeitenden Industrie bis zum dritten Quartal gesunken und lag erheblich unter dem langfristigen Durchschnitt. Hierin spiegelt sich auch die schleppende Überwindung der IT-Krise durch den bezüglich Produktion, Export, Beschäftigung und Forschungsaufwendungen schwergewichtigen NOKIA-Konzern.

Die **Ausfuhr** von Gütern und Dienstleistungen (+ 1,3%) hielt sich im Verlauf des Jahres unter Schwankungen auf dem im zweiten Halbjahr 2002 registrierten Niveau. Für diesen Krebsgang war weniger die starke Aufwertung des Euro gegenüber den Währungen des Dollarraumes und die sich erst langsam erholende westeuropäische Konjunktur ausschlaggebend, als eine Schwächephase der im internationalen Vergleich weit überdimensionierten und extrem aus-

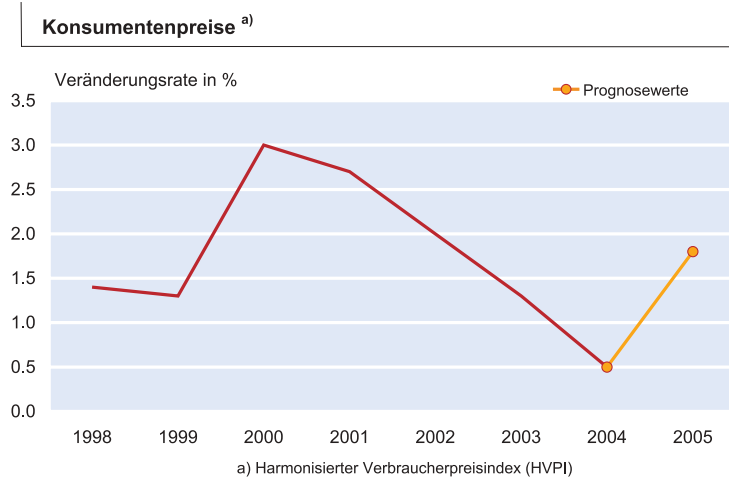
fuhrlastigen IT-Branche; NOKIA ist Weltmarktführer bei Mobiltelefonen und musste erheblich Marktanteile abgeben. Auch an den spürbaren Realloohnerhöhungen lag es nicht, denn die Lohnstückkosten erhöhten sich nur etwa halb so stark wie im europäischen Durchschnitt. Im Einzelnen haben sich besonders die Lieferungen nach Schweden und Großbritannien gut entwickelt. Und in Russland, dem bis Ende der achtziger Jahre weitaus wichtigsten Handelspartner, wurden – in Dollar gerechnet – fast so viele Güter abgesetzt wie in den USA. Die **Einfuhr** expandierte um 0,9% und, im Verlauf ebenfalls stagnierend, noch schwächer als die Ausfuhr, was wesentlich auf die Investitionsflaute zurückzuführen ist. Gleichwohl hat sich das Aktivum der **Leistungsbilanz** auf 5,5% des BIP erheblich verringert, da die Terms of Trade wesentlich ungünstiger geworden sind.

Auf dem **Arbeitsmarkt** veränderte sich die Lage insgesamt wenig. Die Beschäftigung ist gegenüber 2002 um 0,3% gesunken, was wesentlich mit der Verlagerung von Produktion ins Ausland und mit beträchtlichen Produktivitätsfortschritten zusammenhing. Vor allem in der verarbeitenden Industrie kam es zu Entlassungen (Metallerzeugung und -verarbeitung strichen ca. 12 000 Stellen; u.a. hat Saab den Bau von Automobilen eingestellt). Dass die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt mit 9,0% gegenüber 2002 gleichwohl geringfügig abnahm, hängt mit der schwachen Entwicklung des Erwerbspersonenpotentials zusammen sowie mit der umfänglichen Frühpensionierung von Arbeitskräften und dem Rückzug in die stille Reserve. Die Diskrepanzen bei der Arbeitsmarktlage blieben zwischen Nord und Süd sehr ausgeprägt. Während an der Südküste sogar verschiedentlich Fachkräfte knapp waren, blieb die Situation in den nördlichen Landesteilen deplorabel mit der Folge einer stetigen Abwanderung.

Die **Konsumentenpreise** (HVPI) lagen um 1,3% über dem Niveau von 2002. Nachdem sie während der ersten Monate vor allem infolge der Ölverteuerung kräftig gestiegen waren, veränderte sich das Preisniveau anschließend wenig, auch weil Öl wieder billiger wurde. Inflationsdämpfend wirkt die kräftige Senkung der Kfz-Steuer, während die Importpreise nicht mehr zur Preisstabilisierung beitragen.

### Wirtschaftspolitik

Die Wirtschaftspolitik dürfte 2004 leicht expansiv und 2005 etwa neutral auf die Konjunktur wirken. Von der Geldpolitik ausgehende Impulse wirken zwar noch bis ins kommende Jahr hinein, verlieren jedoch an Intensität. Auch die Finanzpolitik stützt die Konjunktur, hat aber nicht mehr viel Spielraum für steuerliche Entlastungen. Und soweit dieser genutzt wird, dürfte er durch Steuer- und Gebührenerhöhungen der Gemeinden wieder teilweise kompensiert werden. Die dämpfenden Effekte der Euro-Aufwertung schwächen sich weiter



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

ab. Und es ist zu erwarten, dass im Sozialpakt 2005/2006 Tariflohnerhöhungen vereinbart werden, die mindestens den derzeitigen entsprechen und spürbar über die kräftigen Produktivitätsfortschritte (2<sup>1</sup>/<sub>2</sub>% p.a.) hinausgehen.

Die Geldpolitik stützt die Konjunktur bis in das Jahr 2005 hinein. Allerdings lässt die Intensität sukzessive nach. Zwar erfolgte die letzte Verringerung des Schlüsselzinses (auf 2%) durch die Europäische Zentralbank (EZB) im Juni 2003 – als vermutlich letzter Schritt einer seit Mai 2001 zu beobachtenden Reihe von Zinssenkungen (damals war der Leitzins von 4,75 auf 4,5% herabgesetzt worden). Aber erstens wirken Zinssatzänderungen mit längerer Verzögerung – das gilt auch für den Fall, dass die EZB die Zinsen, beginnend Ende 2004, allmählich heraufsetzt, so dass nennenswerte bremsende Effekte kaum vor Ende 2005 zu erwarten sind. Zweitens ist ausreichend Liquidität vorhanden, selbst wenn man berücksichtigt, dass M3 in erheblichem Umfang Gelder enthält, die wegen der niedrigen Kapitalmarktzinsen und in Erwartung höherer Renditen kurzfristig geparkt und eigentlich dem langfristigen Kapital zuzurechnen sind. Die der EZB als wichtige Referenzgröße dienende Geldmenge M3 lag seit 1999 stets weit über dem Zielwert von 4,5% p.a. und übertraf 2003 das Vorjahresniveau um 8%. Erst seit Spätsommer 2003 gehen die Zuwachsraten im Vorjahresvergleich stetig und spürbar zurück – auf zuletzt 5,6% im April. Drittens lagen die kurzfristigen Realzinsen (Dreimonatszinsen) während des zweiten Halbjahrs 2003 angesichts einer Teuerungsrate (HVPI) von 2,1% im Euroraum bei null, und sie dürften im laufenden Jahr kaum, 2005 allerdings wieder rascher steigen. Denn es ist im Zuge der konjunkturellen Erholung 2005 mit einer Zinsanhebung durch die EZB zu rechnen, zwecks Sicherung des mäßigen Preisauftriebs, neben M3 ihrem zweiten wichtigen Referenzwert (die Anstiegsrate der Konsumentenpreise soll »mittelfristig nahe 2%« liegen). Auch die Kapitalmarktzinsen bleiben real noch einige Zeit niedrig, obwohl der Tiefpunkt

des Zinszyklus im zweiten Quartal 2003 durchschritten worden war. Für Finnland erscheinen die kurzfristigen Zinsen mit Blick auf das Wirtschaftswachstum adäquat. Das gilt auch dann, wenn man auf die deutlich negativen Realzinsen rekurriert. Die Preisentwicklung würde hingegen spürbar niedrigere Zinsen erfordern. Die finnische Inflationsrate dürfte heuer und 2005 die mittelfristige Zielgröße der EZB deutlich unterschreiten, trotz erheblich gestiegener Preise für Rohöl und Industrierohstoffe. Allerdings ist der Index 2004 aufgrund einer kräftigen Herabsetzung indirekter Steuern (Alkoholika, Tabakwaren) erheblich nach unten verzerrt. Die Finanzierungsmodalitäten bleiben für die Unternehmen trotz aufwärts tendierender kurz- und langfristiger Zinsen auch

2005 insgesamt befriedigend. Trotz nachwirkender trüber Erfahrungen aus den Zeiten der New-Economy-Blase verfahren die Kreditinstitute bei der Kreditvergabe an Unternehmen allmählich weniger restriktiv, wenn auch besonders kleinere Unternehmen vielfach Schwierigkeiten bei der Kreditaufnahme haben. Entscheidend ist aber weniger die Verfügbarkeit von Krediten, sondern die schwache Nachfrage nach denselben. Auch hier wurde in erheblichem Umfang Kapital in Erwartung höherer langfristiger Zinsen auf dem Geldmarkt geparkt. Bremsend, wenn auch im weiteren Verlauf abgeschwächt, wirkt hingegen die Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar. Diese hatte Anfang 2002 begonnen und sich fast durchgängig bis Anfang 2004 fortgesetzt. Erst zuletzt war der Trend, vermutlich nur vorübergehend, unterbrochen. Nominal gewann der Euro gegenüber dem US-Dollar im Schnitt des Jahres 2002 5,6% und 2003 19,7%. Real effektiv ist die Aufwertung 2003 mit 11,3% allerdings deutlich geringer ausgefallen.

Die Finanzpolitik durchläuft derzeit eine Phase, in der strukturelle Reformen hinter dem Bemühen zurückstehen, die Konjunktur zu stützen. Das zeigt sich auch an den beschleunigt zunehmenden Ausgaben der öffentlichen Hand, welche die hierfür geltenden Begrenzungen nur knapp einhalten dürften. So hat der Staat unlängst ein umfangreiches, mehrjähriges Programm zur Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur (2004/2013), vor allem des Straßen- und Eisenbahnnetzes, verabschiedet. Auch wird weiter überdurchschnittlich in Forschung und Entwicklung investiert. Besonders expansiv erhöhen die Gemeinden mit Unterstützung des Staates ihre Ausgaben vor allem für solche Dienstleistungen, für die es keine hinlängliche Deckung durch Einnahmen gibt. Da sich die Kommunen andererseits nur wenig um Rationalisierung und Kosteneinsparung bemühen und die Zahl ihrer Bediensteten (2003: 18,7% der Gesamtbeschäftigung) weiter erhöhen, werden sie ihre chronische Defizitwirtschaft fortsetzen und auch 2005 zusätzliche Schulden machen sowie lokale Steuern heraufsetzen. Die finan-

zielle Lage der Sozialversicherung bleibt hingegen günstig, obwohl die Zahl der Frühpensionierungen rasch zunimmt. Ihr Finanzierungsüberschuss übertrifft die Deckungslücken der Gebietskörperschaften – das Budget des Staates dürfte 2004 etwa ausgeglichen und 2005 mit einem leichten Fehlbetrag schließen (nach jahrlangen oft beträchtlichen Überschüssen). Die Steuerlastquote verringert sich heuer um  $\frac{3}{4}\%$  Prozentpunkt, da die Einkommensteuersätze nochmals gesenkt wurden und die Körperschaftsteuer konjunkturbedingt weniger bringt. Zudem wurden die Steuern auf Alkoholika und Tabakwaren massiv herabgesetzt, um den Einkaufstourismus in die Nachbarländer zu verringern, wie das in Dänemark im Herbst 2002 erfolgreich vorexerziert worden war. Da sich die Einnahmen besser als budgetiert zu entwickeln scheinen, dürfte der gesamtstaatliche Finanzierungsüberschuss heuer nur auf knapp 2% des BIP sinken (nach 2,3% 2003). Hinsichtlich des finanzpolitischen Ausblicks auf 2005 ist anzunehmen, dass die Gemeinden ihr zusammengefasstes Defizit in Relation zum BIP nicht verringern und die Sozialversicherung ihren Überschuss im Verhältnis zum BIP knapp halten kann. Was den Staat betrifft, so werden erst das im kommenden Herbst vorgelegte Budget 2005 und die etwa gleichzeitig beginnenden Verhandlungen über einen Sozialpakt 2005/2006 Klarheit bringen. Beschlossen ist jedoch bereits eine Senkung der Unternehmensteuern im Ausmaß von 0,2% des BIP – die Körperschaftsteuer sinkt um 3 Prozentpunkte auf 26% und die Kapitalertragsteuer um einen Prozentpunkt auf 28%. Gleichzeitig erhöht sich allerdings die Steuer auf Dividenden. Es ist vorstellbar, dass die Regierung als Gegenleistung wiederum Erleichterungen bei der Einkommensteuer (z.B. Steuersatzsenkung, stärkere Inflationsanpassung der Tarife als 2004) im Gegenzug zu moderaten Lohntarifabschlüssen anbieten wird. Da der Staat sein Ausgabentempo beibehalten dürfte und die Zinsen steigen, ist trotz höheren Wirtschaftswachstums kaum zu erwarten, dass die öffentliche Hand ihren positiven Finanzierungssaldo gegenüber 2004 nennenswert erhöhen kann. Die Verschuldung der öffentlichen Hand dürfte auf eine Größenordnung von 44% des BIP sinken, und damit deutlich unter dem Durchschnitt der EU-15 von ungefähr 65% liegen.

Seit 1991 schließen Sozialpartner und Regierung in ununterbrochener Folge meist zweijährige Sozialkontrakte. Kernpunkt ist eine, die internationale Wettbewerbsfähigkeit verbessernde oder sichernde Lohnmäßigung mit dem Ziel einer Erhaltung von Arbeitsplätzen, meist verbunden mit Senkungen von indirekten/direkten Steuern und/oder Sozialabgaben. Hierbei handelt es sich um die spezifisch finnische Form der **Einkommenspolitik**. Diese hat sich bei der Generierung von kräftigem Wirtschaftswachstum bei mäßigem Preisanstieg, fortschreitender Konsolidierung von Staatsfinanzen und Leistungsbilanz sehr bewährt. Gegenwärtig läuft bis Anfang 2005 der Sozialkontrakt 2003/2004. Er sieht Anhebungen der Tariflöhne um 2,9% im Jahre 2003 und 2,3%

im laufenden Jahr vor. Im Gegenzug wurden direkte und indirekte staatliche Steuern gesenkt. Bei den Verhandlungen über ein Abkommen 2005/2006 wird man sich u.a. wieder an der Lohnentwicklung im Ausland – vor allem auch in Deutschland und in Frankreich – orientieren sowie an den Produktivitätsfortschritten im eigenen Land. Aber die Gewerkschaften monieren, dass die durch ihre Lohnzurückhaltung verbesserten Unternehmenserträge vielfach zur Finanzierung von Produktionsstätten im Ausland, verbunden mit dem Verlust heimischer Arbeitsplätze, genutzt werden. Das wird vermutlich für ungewohnte Schärfe bei den anstehenden Verhandlungen über ein neues Abkommen und auch für ein vom bisherigen Muster abweichendes Resultat sorgen. Nachdem der laufende Sozialkontrakt konjunkturstützend konzipiert ist, könnte der Pakt 2005/2006 bei wieder schneller wachsender Wirtschaft eher konjunkturneutral ausgerichtet sein, also moderate Lohnanhebungen vorsehen. Für die nötige produktivitäts- und ertragsabhängige Differenzierung der Löhne zwischen den Branchen und Unternehmen sorgt dann zumindest teilweise die ohnehin wieder steigende Lohn-Drift. Die Unternehmen dürften sich allerdings gezwungen sehen, Zusagen bezüglich der Beschäftigung zu machen. Und der Staat wird nicht umhin können, trotz verengtem finanzpolitischen Spielraum weitere Steuererleichterungen für die privaten Haushalte zu konzidieren, nachdem für Anfang 2005 bereits eine neuerliche Senkung der Körperschaftsteuer sowie der Kapitalertragsteuer festgeschrieben wurde.

**Energiepolitisch** bedeutsam ist der jetzt anlaufende Bau des fünften finnischen Kernkraftwerks (Olkiluoto 3), der ersten seit 1986 in Westeuropa errichteten Anlage. Die auf 1 600 MW ausgelegte Zentrale soll 2009 ans Netz gehen. Nach jahrelanger Diskussion und einer Volksbefragung hatte der Reichstag den Beschluss hierzu im Jahre 2002 mit deutlicher Mehrheit gefasst. Den Ausschlag hatte neben dem Emissionsschutz der hohe und weiter steigende Energiebedarf vor allem der energieintensiven und exportlastigen Industrie gegeben sowie die Gefahr einer allzu großen Abhängigkeit von Energieimporten (derzeit zum großen Teil aus Russland). Der gesamte Bedarf von Kohle, Erdgas und Erdöl muss eingeführt werden. Die Wasserkraft ist – u.a. aus Gründen des Naturschutzes – nicht mehr in größerem Umfang ausbaufähig. Und auch die umfängliche Elektrizitätserzeugung aus Biomasse kann mit dem Verbrauchszuwachs nicht mithalten. Die Preisentwicklung auf den Energiemärkten hat die Akzeptanz des Ausbaus der Kernkraft bei der Bevölkerung erhöht, so dass die Lancierung einer Initiative zur Errichtung einer weiteren Atomzentrale nicht verwundern würde.

Die **Privatisierung** von ganz oder teilweise in öffentlichem Besitz befindlichen Unternehmen ist seit einiger Zeit ins Stocken geraten. Allein der Staat hält noch an etwa 20 größeren Unternehmen derzeit das jeweils größte Aktienpaket. Die



Regierung beabsichtigt, ihre Anteile an Unternehmen mit strategischer Bedeutung weiter zu halten. Dort, wo eine solche nicht gegeben ist, wird die Beteiligung allmählich verringert. Der Erlös soll in Forschung und Entwicklung fließen sowie als Venture-capital jungen Unternehmen zugute kommen.

### Wirtschaftsentwicklung 2004

Als weltwirtschaftliche Rahmendaten werden angenommen: In den **Vereinigten Staaten** expandiert das reale Bruttoinlandsprodukt um  $4\frac{1}{2}\%$ . Auch in **Japan** nehmen Nachfrage und Produktion um  $4\frac{1}{2}\%$  zu. In **Mitteleuropa** steigt die gesamtwirtschaftliche Erzeugung um  $4\frac{1}{4}\%$ . In **Westeuropa** und in der EU-15 erhöht sich das reale Bruttoinlandsprodukt um ca. 2%; in Deutschland sowie im Euroraum expandiert es um  $1\frac{3}{4}\%$ . Der Importpreis für Rohöl liegt in den westlichen Industrieländern im Jahresdurchschnitt bei 34 US-Dollar pro Barrel. **Industrierohstoffe** (ohne Öl) kosten etwa 25% mehr als 2003. Der Wechselkurs des Euro liegt im Schnitt des Jahres innerhalb einer Bandbreite von 1,20 bis 1,30 US-Dollar. Das Volumen des **Welthandels** dürfte in einer Größenordnung von  $9\frac{3}{4}\%$  ausgeweitet werden.

In **Finnland** gewinnt der konjunkturelle Aufschwung zunächst weiter an Dynamik und an Breite, zumal jetzt auch der Export deutlich in Schwung kommt. Hierfür spricht auch die Entwicklung der auf Unternehmens- und Verbraucherbefragungen basierenden Indikatoren für das Wirtschaftsklima. Dabei wirkt die Wirtschaftspolitik insgesamt leicht stimulierend. Das **reale Bruttoinlandsprodukt** dürfte um rund 3% expandieren. Damit bleibt Finnland im westeuropäischen Kontext wachstumsmäßig weiter auf der Überholspur. Von einer in allen Landesteilen auch nur annähernd ausgeglichenen Entwicklung kann gleichwohl nach wie vor nicht die Rede sein. Ausgelöst durch die sich weiter verschlechternden Erwerbsmöglichkeiten im Norden und in weiten Teilen Mittelfinnlands hält die Abwanderung der Bewohner nach Süd- und Westfinnland an – eine ungleichgewichtige und auf Dauer nicht tolerable Entwicklung, wie sie u.a. auch Deutschland und Frankreich kennen. Zum lebhaften Wirtschaftswachstum tragen zudem die unvermindert hohen Aufwendungen für Forschung und Entwicklung bei – sie liegen mit rund  $3\frac{1}{2}\%$  des BIP erheblich über dem EU-Durchschnitt von 2%, nachdem sie noch bis in die neunziger Jahre hinein unterdurchschnittlich gewesen waren. Dies, rasche Produktivitätsfortschritte, die enormen strukturellen Veränderungen seit dem Beginn der neunziger Jahre, sowie eine kalkulierbare Wirtschaftspolitik können jedoch nicht verhindern, dass weitere Produktionen ins kostengünstigere Ausland verlagert werden. Am kräftigsten gewinnt der Export an Fahrt. Das gilt besonders für die Lieferungen nach Mittel-/Osteuropa und nach Ostasien. Beschleunigt, aber langsamer als die Ausfuhr nimmt der Import zu, so dass das Aktivum der Leistungsbilanz leicht auf rund 6% des BIP steigen dürfte. Bei den Bruttoanlageinvestitionen wird sich

mit der Überwindung der vorjährigen Stagnation gegenüber 2003 zwar ein erheblicher Swing errechnen, doch bleibt die Wachstumsrate hinter jener der anderen großen Nachfragekomponenten zurück. Der private Konsum erhöht sich lebhaft, aber langsamer als im Jahr zuvor, auch weil die Aufwendungen der privaten Haushalte für die Sozialversicherung schneller und die Vermögenserträge langsamer steigen. Demgegenüber gewinnt der Staatsverbrauch wieder an Fahrt. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt bessert sich kaum. Die Arbeitslosenquote dürfte im Jahresdurchschnitt wieder bei 9% liegen. Die Konsumentenpreise liegen nur um reichlich  $\frac{1}{2}\%$  über dem Niveau von 2003, was trotz verteuerter Energie wesentlich auf die infolge von Steuersenkungen stark gefallen Preise für Alkoholika (ca. – 20%) und Tabakwaren zurückzuführen ist.

Die **Ausfuhr** von Gütern und Dienstleistungen (der Anteil am BIP betrug 2002 38,7%, was etwa dem Mittelwert im Euroraum entsprach) nimmt vermutlich um rund 5% zu im Sog des kräftigen weltwirtschaftlichen Aufschwungs. Überdurchschnittlich werden die Lieferungen ins wirtschaftlich besonders prosperierende Ostasien ausgeweitet – namentlich nach China, wo in den letzten Jahren mehrere Fertigungsstätten finnischer Unternehmen die Produktion aufnahmen, was immer auch Zulieferungen aus dem Mutterland generiert. Ferner stimuliert das anhaltend kräftige Wirtschaftswachstum in Russland den Export weiterhin. Im übrigen Westeuropa, dem mit Abstand wichtigsten Absatzmarkt, entwickelt sich der Absatz besser als erwartet, allen voran in den skandinavischen Ländern und in Großbritannien. Entscheidend ist die weltweit lebhaftere Nachfrage nach Produkten der IT-Branche, besonders nach Mobiltelefonen, bei denen NOKIA trotz sinkender Marktanteile Marktführer ist; auf derartige Erzeugnisse entfielen während der letzten Jahre ein Viertel bis ein Drittel der gesamten Warenausfuhr. Die von China ausgehende weltweit boomende Nachfrage nach Basismetallen sorgt auch in diesem Bereich für erhebliche Absatzzuwächse. Der international aufwärts schwingende Investitionszyklus lässt zudem die Ausfuhr von Erzeugnissen des Maschinenbaus kräftig expandieren. Der **Import** (Anteil am BIP 2002: 30,3%) wird vom Sog der Inlandsnachfrage lebhaft angeregt, expandiert aber etwas langsamer als die Ausfuhr. Bei nicht mehr ganz so stark wie 2003 verschlechterten Terms of Trade dürfte das Aktivum der **Leistungsbilanz** auf eine Größenordnung von  $6\frac{1}{4}\%$  des BIP steigen.

Die **Bruttoanlageinvestitionen**, auf die im Jahre 2002 26,6% des BIP – also deutlich mehr als im Schnitt des Euroraums – entfielen, dürften um  $1\frac{3}{4}\%$  expandieren. Diese Rate reflektiert jedoch nicht die im Verlauf zu erwartende Dynamik, da zu Jahresbeginn kein Überhang bestand. Die wichtigsten Anstöße kommen von großen Infrastrukturprojekten im Energie- und Verkehrssektor. Heuer beginnt der Bau des fünften Kernkraftwerks, zahlreiche Projekte des Zehnjahresprogramms (2004/2013) zum Ausbau des Straßen- und Schienennetzes

laufen an, und in den bei Helsinki gelegenen Hafen Vuosaari werden erhebliche Mittel gesteckt. Daher wird die Bauwirtschaft auch ihre Ausrüstungsinvestitionen ausweiten. In der verarbeitenden Industrie bleibt die Investitionstätigkeit hingegen schwach, obwohl die Finanzierungsbedingungen nach wie vor günstig sind. Die Auslastung der Kapazitäten steigt zwar wieder, lag aber bisher immer noch deutlich unter dem langjährigen Durchschnitt. Ferner werden weitere Produktionen in kostengünstigere Länder verlagert, während umgekehrt Auslandskapital derzeit wenig Interesse zeigt, sich in der finnischen Produktion zu engagieren; derzeit sind ca. 2 400 finnische Unternehmen mit rund 170 000 Beschäftigten zu über 50% in ausländischen überwiegend schwedischen Händen. Und schließlich bessert sich die Ertragslage der Großunternehmen erst langsam. Günstiger als bei den großen, könnte – wie Investitionsbefragungen zeigen – die Investitionsentwicklung bei den wenigen mittelgroßen und den sehr vielen kleinen Unternehmen verlaufen; diese Größenstruktur der Industrieunternehmen entspricht etwa derjenigen in Schweden, während in Deutschland das Segment der mittelgroßen Unternehmen sehr viel stärker besetzt ist. Die Baukonjunktur bleibt sehr gespalten. So wird, hierauf deuten Baugenehmigungen und Baubeginne hin, der Wohnungsneubau erneut stark ausgeweitet, wenn auch nicht so ausgeprägt wie 2003. Anregend wirken günstige Finanzierungsmöglichkeiten und die anhaltend kräftige Nachfrage vor allem nach modernem Wohnraum, wesentlich bedingt durch die Binnenmigration in die städtischen Agglomerationen im Westen und vor allem im Süden des Landes. Das gilt in abgeschwächtem Maße auch für Ausbau und Renovierung, angeregt durch staatliche Subventionen. Kräftigen Schub entwickeln die erwähnten Großinvestitionen in Energieerzeugung sowie in den Straßen- und Eisenbahnbau. Andererseits geht der ausgeprägte Rückgang beim Bau von Büroflächen weiter, was angesichts des Überangebots und weiter rückläufiger Mieten nicht erstaunt. Außerhalb der Agglomerationen bestimmt die

Errichtung von Einkaufszentren die private Investitionstätigkeit. Die öffentliche Hand schränkt in einigen Bereichen, etwa im Krankenhausbau, ihre Investitionen ein. Der industrielle Bau, der während der Jahre 2002/2003 um ungefähr die Hälfte eingebrochen war, dürfte sich mit der anlaufenden Erholung der Ausrüstungsinvestitionen zumindest fangen und gegenüber 2003 etwa stagnieren.

Der private Konsum (Anteil am BIP 2002: 50,9%) nimmt weiter deutlich zu, wenn auch – mit etwa 3% – nicht mehr ganz so lebhaft wie im vergangenen Jahr. Zwar dürfte die Beschäftigung ungefähr auf dem Stand von 2003 verharren. Aber die Tariflöhne steigen um 2,3%, und ein zusätzlicher Prozentpunkt kommt als Lohn-Drift hinzu. Und da die Teuerungsrate infolge herabgesetzter indirekter Steuern auf reichlich  $\frac{1}{2}\%$  sinkt, errechnet sich eine beträchtliche Zunahme der Reallöhne. Zudem wird die 2005 anstehende Erhöhung der Dividendensteuer die Unternehmen veranlassen, die Zahlung von Dividenden auf 2004 vorzuziehen. Andererseits zeichnet sich eine Erhöhung der Sparquote um etwa einen Prozentpunkt ab, nachdem diese seit Beginn des Jahrzehnts auf einem gegenüber früheren Jahren niedrigen Stand verharrt hatte. Auch hat sich die Verschuldung der privaten Haushalte während der letzten Jahre – obwohl immer noch niedrig im internationalen Vergleich – deutlich erhöht, und der für die Tilgung von Hypotheken aufzubringende Betrag nimmt spürbar zu. Ferner ist nicht zu erwarten, dass die Absatzsteigerung bei Pkws wieder die stattlichen 25,5% des vorigen Jahres erreicht, als die Kfz-Steuer gesenkt worden war. Und auch Einrichtungsgegenstände dürften infolge des nicht mehr ganz so schnell wachsenden Wohnungsneubaus etwas weniger lebhaft nachgefragt werden. Der Absatz von Computern und Artikeln der Telekommunikationsbranche wird etwa im bisherigen Tempo weiter kräftig expandieren. Ein deutlicher Mehrverbrauch ist bei Alkoholika abzusehen, die aufgrund niedrigerer Besteuerung um rund 20% billiger geworden sind.

#### Veränderungsraten des realen BIP und seiner Komponenten – in % –

	2002	2003 <sup>a)</sup> EU <sup>c)</sup>	ETLA <sup>b)</sup>	2004 <sup>a)</sup> EU <sup>c)</sup>	OECD <sup>d)</sup>	ETLA <sup>b)</sup>	2005 <sup>a)</sup> EU <sup>c)</sup>	OECD <sup>d)</sup>
Bruttoinlandsprodukt	2,3	1,9	2,9	2,6	2,5	3,1	2,7	3,7
Inlandsnachfrage	0,6	1,8	2,4	2,2	2,4	3,0	2,1	2,6
Privater Verbrauch	1,5	3,6	2,7	3,0	3,0	3,0	2,4	2,7
Staatsverbrauch	3,8	0,7	2,0	1,3	1,4	1,9	1,3	1,4
Bruttoanlageinvestitionen	– 3,1	– 2,3	1,7	1,4	1,8	4,1	2,3	3,7
Exporte <sup>e)</sup>	5,1	1,3	3,2	4,0	4,6	3,0	5,2	9,2
Importe <sup>e)</sup>	1,9	0,9	1,9	3,3	4,8	2,8	4,3	7,8
Industrieproduktion (ohne Bau)	2,1	0,1	2,5	n.a.	n.a.	3,6	n.a.	n.a.
Konsumentenpreise (HVPI)	2,0	1,3	0,5	0,4	0,5	1,7	1,5	1,6
Arbeitslosenquote	9,1	9,0	8,9	8,9	8,9	8,6	8,6	8,3
Leistungsbilanz (Saldo) <sup>f)</sup>	7,4	5,5	6,4	5,5	6,5	6,5	5,6	6,9
Finanzierungssaldo des Staates <sup>g)</sup>	4,3	2,3	1,7	2,0	1,6	1,7	2,1	2,1

<sup>a)</sup> Schätzungen. – <sup>b)</sup> Forschungsinstitut der Finnischen Wirtschaft, Helsinki, vom April 2004. – <sup>c)</sup> Kommission der EU, Brüssel, vom April 2004. – <sup>d)</sup> Organisation for Economic Cooperation and Development, Paris, vom Mai 2004. – <sup>e)</sup> Güter und Dienstleistungen. – <sup>f)</sup> In % des Bruttoinlandsprodukts (BIP).

Der öffentliche Verbrauch, 2002 mit 21,7% BIP-Anteil etwa dem Mittel des Euroraums entsprechend, expandiert um ungefähr 1<sup>3</sup>/<sub>4</sub>%.

Auf dem **Arbeitsmarkt** bessert sich die Lage leicht. Die verstärkte Schaffung von schlecht bezahlten Stellen, mit der etwa die Niederlande das Beschäftigungsproblem verringern konnten, verbietet sich angesichts der sehr hohen Beiträge zur Sozialversicherung. Das Wirtschaftswachstum entspricht etwa dem Produktivitätsfortschritt, so dass die Zahl der Beschäftigten kaum zunimmt. Zudem werden von der Industrie weiterhin Stellen abgebaut im Zuge von Produktionsverlagerungen ins Ausland; allein 2003 hatten Metallerzeugung und Metallverarbeitung deshalb ca. 12 000 Arbeitsplätze gestrichen, während die rasch wachsende Beschäftigung bei finnischen Firmen im Ausland heuer eine Größenordnung von 120 000 erreicht. Wenn die Arbeitslosigkeit geringfügig sinkt und die Arbeitslosenquote auf knapp 9% im Jahresdurchschnitt zurückgeht, dann liegt die Erklärung vor allem im sinkenden Arbeitskräfteangebot infolge der raschen Ausweitung von Frühpensionierungen. Ältere Arbeitnehmer, die im Laufe des vielfach drastischen Strukturwandels der letzten eineinhalb Jahrzehnte ihre Stellen verloren, haben oft keine Chance auf eine neue Anstellung. In den Dienstleistungsbereichen inkl. Staat nimmt die Zahl der Beschäftigten indes weiter zu. Das gilt auch für den Baubereich, der durch die Verkehrsprojekte in Schwung kommt, sowie für den Energiesektor. Allein der Bau des neuen Kernkraftwerks schafft in Mannjahren umgerechnet (heuer nur knapp zur Hälfte) un-mittelbar 11 000 bis 15 000 Arbeitsplätze.

Die **Konsumentenpreise** (HVPI) erhöhen sich trotz anziehender Konjunktur und deutlicher Verteuerung von Energie und Industrierohstoffen, die zu einem langsamen Anstieg der während der Jahre 2001/2003 erheblich gesunkenen Produzentenpreise geführt haben, lediglich um 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub>%; für die ersten vier Monate beträgt die durchschnittliche Teuerungsrate im Vorjahresvergleich 0,1%. Die Lohnstückkosten erhöhen sich langsam, Alkoholika sind im März um rund ein Fünftel billiger geworden (was etwa einem Prozentpunkt der Inflationsrate entspricht), und die Preise für Tabakwaren sanken ebenfalls infolge niedrigerer Besteuerung. Auch erlaubt der immer noch sehr lebhaft Wettbewerb erst ansatzweise eine Ausweitung der Gewinnmargen.

### Wirtschaftsentwicklung 2005

Als weltwirtschaftliche Rahmendaten werden angenommen: In den **Vereinigten Staaten** expandiert das reale Bruttoinlandsprodukt um 3<sup>1</sup>/<sub>2</sub>%. Nachfrage und Produktion nehmen in **Japan** um 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub>% zu. In **Mitteleuropa** steigt die gesamtwirtschaftliche Erzeugung um 4<sup>1</sup>/<sub>2</sub>%. In **Westeuropa** erhöht sich das reale Bruttoinlandsprodukt um 2<sup>1</sup>/<sub>4</sub>%; im Euroraum expandiert es um ca. 2% und in Deutschland um

1<sup>3</sup>/<sub>4</sub>%. Der Importpreis für Rohöl liegt in den westlichen Industrieländern im Jahresdurchschnitt bei 32 US-Dollar pro Barrel. **Industrierohstoffe** (ohne Öl) kosten etwa 6% mehr als 2004. Der Wechselkurs des Euro liegt im Schnitt des Jahres innerhalb einer Bandbreite von 1,20 bis 1,30 US-Dollar. Das Volumen des **Welthandels** dürfte in einer Größenordnung von 8% ausgeweitet werden.

Die **finnische Konjunktur** gewinnt im Verlauf des Jahres zwar nicht mehr nennenswert an Schwung, bleibt aber breit fundiert. Da zu Beginn des Jahres im Gegensatz zu 2004 ein Überhang besteht, dürfte das **reale Bruttoinlandsprodukt** um 3<sup>1</sup>/<sub>4</sub>% expandieren, kaum noch stimuliert von der Wirtschaftspolitik. Doch selbst dieses kräftige, den westeuropäischen Durchschnitt einmal mehr übertreffende kräftige Wirtschaftswachstum reicht nicht aus, um die Lage auf dem Arbeitsmarkt wesentlich zu verbessern und eine Vergrößerung der regionalen Ungleichgewichte zu verhindern. Von den großen Aggregaten der Nachfrageseite wird die **Ausfuhr** am stärksten expandieren. Zwar verliert die Konjunktur in Übersee im Verlauf langsam an Schwung. Doch die Nachfrage in West- und in Mitteleuropa weist stetig aufwärts. Da die Einfuhr ähnlich lebhaft ausgeweitet wird wie der Export und die Terms of Trade annähernd unverändert bleiben, dürfte die Leistungsbilanz einen in Relation zum BIP nochmals erhöhten Überschuss ausweisen. Die von der Ausfuhr ausgehenden Impulse bewirken eine Verstärkung und Verbreiterung des Investitionsaufschwungs, da nun auch die Unternehmensinvestitionen zunehmend an Schwung gewinnen. Der private Konsum, wie auch der Staatsverbrauch, nehmen mit wenig veränderten Raten zu. Die Arbeitslosenquote geht mit 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub>% im Jahresdurchschnitt bei leicht steigender Beschäftigung etwas rascher zurück. Nachdem der Preisauftrieb 2004 durch die Senkung indirekter Steuern nach unten verzerrt worden war und ein solcher Effekt nicht wieder zu erwarten ist, dürften die Konsumentenpreise um 1<sup>3</sup>/<sub>4</sub>% über dem Niveau von 2004 liegen.

Die **Ausfuhr** von Gütern und Dienstleistungen wird wohl um 6<sup>3</sup>/<sub>4</sub>% (in dieser Rate steckt ein beträchtlicher Überhang zu Jahresbeginn) expandieren; das Wachstum wäre höher, wenn nicht die Ablieferungen der wichtigen Werftindustrie drastisch auf lediglich ein Schiff zurückfallen würden. Zwar schwächt sich der Boom in Ostasien etwas ab, und die Konjunktur in den USA läuft sogar deutlich verlangsamt. Aber die retardierenden Effekte der Euro-Aufwertung lassen weiter nach. Und – noch erheblich wichtiger – die Nachfrage in West- und Mitteleuropa gewinnt an Festigkeit, während der kräftige Aufschwung in Russland mit kaum verminderter Dynamik anhält. Hiervon erhalten sowohl die Investitions- als auch die Konsumgüterindustrie deutliche Impulse. Die zu erwartenden kräftigen Lohnerhöhungen werden zu einem erheblichen Teil durch Fortschritte bei der Arbeitsproduktivität wettgemacht, so dass der Anstieg bei den Lohnstückkosten zumindest nicht über den westeuropäi-



schen Durchschnitt hinausgeht. Der IT-Sektor wird mit zunehmender Verbreitung der UMTS-Technik und fortschreitender Anpassungen von NOKIA an gewandelte Nachfragebedingungen seine Lieferungen weiter lebhaft steigern. Der **Import** dürfte nicht wesentlich langsamer als der Export ausgeweitet werden, auch weil die Lager stärker aufgestockt werden. Bei kaum noch verschlechterten Terms of Trade dürfte die **Leistungsbilanz** einen Überschuss in der Größenordnung von  $6\frac{1}{2}\%$  ausweisen.

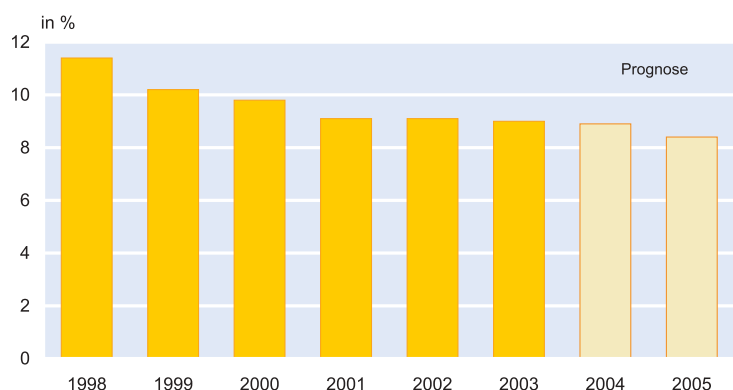
Die **Bruttoanlageinvestitionen** erholen sich lebhaft auf breiter werdender Basis. Die Zuwachsrate von rund 4% entspricht ungefähr auch jener der Bau- und der Ausrüstungsinvestitionen. Im Baubereich laufen jetzt nicht nur die Errichtung des fünften Atomkraftwerks sowie der Hafenausbaues bei Vuosaari bei Helsinki (in beiden Fällen erreichen die Investitionen in Bauten ihre Höhepunkte), sondern auch die Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur im Rahmen des staatlichen Investitionsprogramms 2004/2013 auf vollen Touren. Auch der industriell-gewerbliche Bau legt deutlich zu, stimuliert durch steigende Ausrüstungsinvestitionen und den allmählich anziehenden Bau von Büro- und Ladenflächen. Nachdem die Erstellung von Bürogebäuden während der Jahre 2002/2004 um etwa drei Viertel infolge erheblicher Leerstände und sinkender Mieten eingebrochen war, entsteht im Zuge des konjunkturellen Aufschwungs zusätzlicher Bedarf bei steigenden Mieten. Bestimmend werden hierbei einige Großprojekte in Helsinki und Umgebung sein. Und schließlich wird bei Universitäts- und Krankenhausbauten der scharfe Rückgang von 2003/2004 überwunden. Andererseits dürfte der nicht-subventionierte Wohnungsneubau infolge steigender Zinsen und weiter erhöhter Verschuldung eines Teils der privaten Haushalte verlangsamt ausgeweitet werden. Der subventionierte Wohnungsbau wird hingegen langsam zunehmen. Die kräftige Dynamik bei Renovierung, Um- und Ausbau setzt sich fort, gestützt durch öffentliche Zuwendungen für Wärmeisolierung, für Modernisierungen in einigen Stadtgebieten sowie für den Bau von Liftanlagen. Die Zunahme des Wohnungsbaus konzentriert sich auf wachsende Agglomerationen vor allem im Westen und im Süden des Landes, also auf die Ziele der fortgesetzten Binnenmigration. In Maschinen, Ausrüstungen und Transportmittel wird bei immer noch günstigen Finanzierungsmöglichkeiten deutlich mehr investiert als 2004, obwohl der Ausbau des Edelstahlwerks im nordfinnischen Tornio zur weltweit größten Anlage dieser Art abgeschlossen ist. Doch die Auslastung der Kapazitäten in der verarbeitenden Industrie übersteigt wieder den langfristigen Durchschnitt, Absatz- und Ertragsaussichten werden positiv beurteilt, und vielfach ist während der mehrjährigen Rezession bei den Ausrüstungsinvestitionen Modernisierungsbedarf entstanden. Zudem zwingt der be-

trächtliche Lohnkostendruck bei zunehmendem internationalem Wettbewerb zu eher noch schärferer Rationalisierung der Produktion.

Der **private Konsum** ( $+ 2\frac{3}{4}\%$ ) bleibt kräftig aufwärts gerichtet. Er expandiert indes nochmals leicht verlangsamt, obwohl die Beschäftigungssituation etwas günstiger sein wird als bisher. Aber die Reallöhne steigen nicht mehr so rasch, da sich der Preisauftrieb nach der vorjährigen Verzerrung normalisiert und keine nennenswerten steuerlichen Entlastungen mehr zu erwarten sind. Auch dürfte im Zuge der steigenden Zinsen die Sparquote weiter anziehen, was z.B. die Nachfrage nach Personenautos nicht nennenswert über das vorjährige Niveau steigen lässt. Der Absatz von Einrichtungsgegenständen erhöht sich langsamer, da der Wohnungsneubau weniger kräftig ausgeweitet wird. Für Mobiltelefonie und in Unterhaltungselektronik dürfte hingegen mit der wachsenden Verbreitung von UMTS spürbar mehr Geld ausgegeben werden. Der **öffentliche Konsum** wird vermutlich wieder um annähernd  $1\frac{3}{4}\%$  expandieren.

Auf dem **Arbeitsmarkt** bessert sich die Lage langsam weiter, obwohl nicht nur die Industrie, sondern auch der Dienstleistungssektor und sogar die Forstwirtschaft fortfahren, Produktionen an kostengünstigere Standorte auszulagern. Zwar werden im industriellen Sektor weiterhin per saldo Arbeitsplätze gestrichen – wenn auch weniger als bisher –, und in der Land- und Forstwirtschaft nimmt die Zahl der Stellen im Rhythmus der letzten Jahre weiter ab. Demgegenüber erhöht sich im Dienstleistungssektor die Beschäftigung im Zuge des konjunkturellen Aufschwungs spürbar, einschließlich des öffentlichen Dienstes. Auch in der Bauwirtschaft nimmt die Zahl der Arbeitsplätze zu, da die Bauinvestitionen deutlich ausgeweitet werden. Insgesamt dürfte sich die Zahl der Arbeitsplätze erstmals seit 2002 erhöhen, wenn auch nur moderat. Gleichzeitig nimmt das Erwerbspersonenpotential weiter langsam ab, da geburtenschwache Jahrgänge nachwachsen und die Frühverrentung älte-

Arbeitslosenquote



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

rer Kräfte im bisherigen Tempo fortgesetzt wird. Die Arbeitslosenquote dürfte im Jahresdurchschnitt auf 8 1/2% zurückgehen.

Die **Konsumentenpreise (HVPI)** liegen vermutlich um 1 3/4% über dem Niveau von 2004. Damit normalisiert sich die Entwicklung, nachdem sie 2004 durch die im März erfolgte starke Reduzierung der Besteuerung von Alkoholika stark nach unten verzerrt worden war. Dieser, den Vorjahresvergleich drückende Basiseffekt reicht bis zum Februar 2005. Im Verlauf dürften sich die Preise etwas rascher erhöhen als 2004. Denn die Inlandsnachfrage gewinnt weiter und auf breiterer Basis an Schwung, die stabilisierenden Effekte der Aufwertung des Euro gegenüber den Währungen des Dollarraums laufen aus (dies sowie andere Einflüsse lassen die Importpreise steigen), Änderungen bei den Sätzen indirekter Steuern und Gebühren wird es eher nach oben als nach unten geben, und die Lohnstückkosten dürften sich etwas stärker erhöhen als zuvor. Zudem ermöglicht die günstige konjunkturelle Entwicklung zumindest den binnenwirtschaftlich orientierten Unternehmen eine Erhöhung ihrer Gewinnspannen, obwohl der Wettbewerb lebhaft bleibt.

*Abgeschlossen am 5. Juli 2004*